

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Besond. Gedr.
vierteljährlich für Dresden
bei täglich zweimaliger
Ausgabe im Ganzen
durchaus ständige
Anzahl von 4,25 Mk.
Bei einmaliger
Ausgabe durch die Post
zu 1,25 Mk. (ohne
Zuschlag). —
Erlaubnisse 5,45 Mk.
Gehalt 5,45 Mk.
Zinsen 7,17 Mk. —
Redaktion nur mit
deutscher Postens-
angabe (Dresden
Postamt 1011). —
Verlangte Manuskripte
werden nicht zurück-
gegeben.

Anzeigen-Zarif.
Werbung von An-
zeigen bis zum
3. März, Sonntags
von 11 bis 12 Uhr. Die
einzeligen Zeilen (mit
einem Bild) zu 10 Pf.,
zweiwöchige Zeilen
zu 20 Pf., die
einzelnen Zeilen
zu 10 Pf., Familien-
Anzeigen zu 5 Pf.
bei einwöchiger
Anzeige zu 2 Pf.
— In An-
zeigen nach Sonn-
und Feiertagen
erhöhter
Zarif. — Wöchentliche
Anzeigen nach
Bemerkung.
Joh. Schlegel & Co.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241
Nachstanzdreh: 20 011.

Diana-Bad Irisch-röm. Bad. **Bürgerwiese 22**
Einzige Anlage dieser Art, gleichmäßig ausstrahlende Wärme ohne Heizkörper, daher das empfehlenswerteste Schwitzbad.

Hauptgeschäftlicher
Warenstraße 38/40.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. **Julius Schädlich**, Am See 16.
Kronleuchter-Fabrik. Fernsprecher 1136.

Rabenauer Sitzmöbel Musterlager
Dresden - A., 3 Amalienstraße 3
Stühle und Sessel jeder Art.
Klubsessel — Korbmöbel aus Peddigrohr.

„Mercedes“ die beste
Schreibmaschine
Generalvertreter:
M. & R. Zocher, Dresden
Annenastraße 9, Ecke Am See
Sonderabtlg.: (Fahrlitz) Wallstr. 1, 1. Etg.

Friedr. Greiff & Sohn **Tuchhandlung** **Grosses Lager in besten deutschen und englischen**
Georgplatz 9, gegenüber der Kreuzschule **Qualitäten für Anzüge, Paletots und Hosen in allen modernen Farben.**
Erprobte Qualitäten in blauen Kinder-Cheviots. Damen-Kostümstoffe.

Für eilige Leser

am Sonnabend morgen.

Die Kaiserin wird am 15. Februar in Braunschweig zu einem vierwöchentlichen Besuche des Herzogspaares Ernst August eintreffen.

Der Reichstag wird sich nach den bisherigen Bestimmungen kurz vor Pfingsten bis zum Herbst verlagern; die zweite Session soll umschließt Ende März abgeschlossen werden.

In der Schlussitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates brachte Erzkanzler Dr. Mehnert dem Präsidium den Dank der Versammlung zum Ausdruck.

Im königl. Opernhaus fand Neujahrskonzert statt. Das Lockende Licht bei seiner Uraufführung starken Beifall.

Das 23. Jopelin-Ausstellung, das künftige Militär-Spektakel „B. 8“, ist fertiggestellt und wird demnächst keine Probefahrt beginnen.

Der Prinz zu Wied ist als Gast des Kaisers Franz Joseph am Freitag in Wien eingetroffen.

Der französische Marineeminister erklärte eine Konzentration der französischen Seestreitkräfte im Mittelmeer für eine strategische Notwendigkeit.

Dem bisherigen russischen Ministerpräsidenten Kowrow wurde der Grafentitel verliehen; der Zar verlangt von dem neuen Finanzminister radikale Reformen.

Der russische Botschafter in Paris, Iswolski, wird nach einer Pariser Meldung voraussichtlich an Stelle des Botschafters v. Bendenorff nach London gehen.

Wetteranfrage der amtl. schles. Landeswetterwarte: Südliche Winde, heiter, leichter Frost, trocken; im Westen: westliche Winde, mild, zunehmende Bewölkung.

Sozialdemokratie und Kirchen-Austrittsbewegung.

Die Kirchenaustrittsbewegung, die sich unter so fröhlichen Begleiterscheinungen von Verrohung der Gesinnung, wildem fanatischen Haß gegen die christliche Religion und großblütiger Mißachtung aller höheren ethischen Begriffe und Lebenswerte vollzieht, erfordert noch immer die sorgfältigste Aufmerksamkeit aller religiös gesinnten Kreise unseres Volkes. Je mehr es den Anschein gewinnt, daß diese Strömung noch nicht den höchsten Grad ihrer Intensität erreicht hat, sondern noch an Heftigkeit zunehmen wird, desto energischer muß auch die Abwehrbewegung sein, desto stärker müssen sich die Verteidiger der Religion wappnen, um gegen alle Angriffe gerüstet zu sein und ihnen erfolgreich begegnen zu können. In diesem Maßzuge aber gehört mit in erster Linie die Erkenntnis der treibenden Kräfte, die hinter der kirchenfeindlichen Agitation stehen und sie organisieren und leiten. Der ruhige Beobachter der Ereignisse braucht nicht lange zu suchen, um hier das Nützliche zu finden: die revolutionäre Sozialdemokratie ist es, die keine Gelegenheit zur Unterwühlung von Staat und Gesellschaft verpasst, und die auch den Sturmlauf gegen die Kirche in wohlbedachter Absicht ins Werk gesetzt hat.

Diesen Zusammenhang zu betonen, ist um so notwendiger, je gescheiter von sozialdemokratischer Seite versucht wird, den wahren Sachverhalt zu verschleiern und es so darzustellen, als ob die Umkirchungsaktion gar nichts mit der Kirchenaustrittsbewegung zu tun habe und diese einfach von den konfessionslosen, insbesondere monistischen Elementen, ohne innere oder äußere Verbindung mit der Sozialrevolutionäre, betrieben werde. Die Führer der Sozialdemokratie haben zu einer derartigen Verhüllung ihrer eigenen Wirksamkeit nur zu begründete Ursache. Ist es doch eine nur zu wohlbekannte Tatsache, daß es auch in den eigenen Reihen der sozialdemokratischen Partei zahlreiche Mitglieder gibt, die von einer grundsätzlichen Religions- und kirchenfeindlichkeit nichts wissen wollen, vor allem dann nicht, wenn sie sich in so zynischer Weise äußern, wie bei der letzten Kirchenaustrittsbewegung. Vor allem aber fällt die Rücksicht auf die sogenannten Mitläufer ins Gewicht, die bei den Wahlen lediglich deshalb einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben pflegen, um ihrer Unzufriedenheit mit dem Gange der Politik im allgemeinen Ausdruck zu geben, ohne daß es ihnen irgendwie in den Sinn käme, sich mit dem revolutionären Endziele der Sozialdemokratie einverstanden zu erklären. Diese „Mitläufer“ braucht die Sozialdemokratie höchst nötig, um mit einer imposanten Stimmenzahl bramarbasieren zu können und dadurch ihren Nimbus bei der Masse aufrecht zu erhalten. Die „Mitläufer“ sind aber zumeist im Grunde ihres Herzens durchaus bürgerlich und haatverbaltend gesinnt und werden daher ohne Jägern einen scharfen Trennungsschnitt zwischen sich und der Sozialdemokratie ziehen, wenn sie zu

der klaren Einsicht kämen, daß die Sozialdemokratie die Religion mit fanatischem Haße verfolgt und sie mit Stumpf und Stiel aus den Herzen der Menschen auszureuten trachtet, um sie dadurch um so sicherer am Gängelbände zu haben und sie zu willigen Werkzeugen des Umsturzes in jeder Hinsicht zu machen.

Aus solchen Erwägungen heraus hat sich die offizielle Parteileitung zur Aufnahme des Satzes: „Religion ist Privatsache“ in das Parteiprogramm entschlossen. Dadurch soll der falsche Schein erweckt werden, als könne innerhalb der Sozialdemokratie jeder nach seiner Façon selbige werden, als habe niemand innerhalb der Umkirchungsaktion wegen Betätigung religiöser und kirchlicher Gesinnung etwas zu befürchten, da es sich bei den Bestrebungen der Sozialdemokratie lediglich um wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten handle. In Wirklichkeit liegt aber die Sache bekanntermaßen weitläufig anders. Die Sozialdemokratie will nicht nur einen großen wirtschaftlich-sozialen Umwälzungsprozess durch Vereitigung des Privateigentums und Verstaatlichung der gesamten Produktion vollziehen, sondern zugleich die sozialistische Republik einführen und mit den Thronen auch die Altäre umstürzen. Gerade Religion und Kirche sind der Sozialdemokratie besonders verhaßt, weil sie durch die Pflege des Gottesglaubens und die Erweckung der ethischen Triebe den Menschen zur Zufriedenheit erziehen, die von den Apologeten des revolutionären Umsturzes in ihrem Sinne als „das größte Verhängnis“ gebrandmarkt wird.

Die Behauptung, daß Religion für die Sozialdemokratie Privatsache sei, ist daher lediglich ein taktisches Manöver, dazu bestimmt, den Kreisen, die für die Zwecke der Umkirchungsaktion eingeschoben werden sollen, Sand in die Augen zu streuen. Der wahre religionsfeindliche Charakter der Umkirchungsaktion tritt in augenfälliger Weise bei der planmäßigen Förderung der Kirchenaustrittsbewegung in die Erscheinung. Ueberall treten „Genossen“ als Redner und Vererber dafür auf den Plan. Vor allem ist es der „Rechnobote-Hoffmann“, so genannt, weil er sehr revolutionäre Gebote für wackere Sozialdemokraten verfaßt hat, der mit der ganzen Kraft seiner auf die niedrigen Instinkte im Menschen spekulierenden Rhetorik den Schrittmacher für die Bewegung darstellt. Dieser selbe „Genosse“ Hoffmann hat gerade in den letzten Tagen wieder in der ästhetischen Weise dadurch von sich reden gemacht, daß er im preussischen Abgeordnetenhause eine unqualifizierbare Anarchose gegen den Minister v. Falkow richtete, die wiederum die Feder sich kränzt, und die einen Schrei der Entrüstung im ganzen Hause, die extreme bürgerliche Linke nicht ausgenommen, wahrriefen. Hoffmann hat keine Spur von Bildung; Grammatik, Satzbildung, Laus ist ihm selbste. Dagegen verfaßt er über eine nie verlagende Schlangenzunge, über einen beißenden, äbenden Witz, dem nichts heiligt ist, der vor keiner noch so entfechtlichen Platttheit zurückbleibt, und über die Fähigkeit, gewisse Elemente der großen Masse, die in ihm ihren eichenen Geist verkörpert sehen, bis zum wilden Fanatismus hinzureißen. „Eine ungeheure Kraft der Forderung“, so schildert ihn einer seiner bürgerlichen Zuhörer. „In diesem kalauernden Scherzsaat; er hypnotisiert die Masse, die auf ihn starrt wie auf ihren eigenen Nabel, die sich durch ihn, durch die er sich herausheben läßt.“ Den ganzen Mann, wie er ist, charakterisiert trefflich eine dreifache Antwort, die er einmal im Parlament auf einen Zwischenruf wegen einer besonders harten grammatikalischen Entgegnung gab: „Na, da sehen Sie, meine Herren, wie schlecht Ihre Volksschulen sind! Ich bin ein Beispiel dafür.“

Nicht genug mit dem heißen bisherigen Bemühen solcher und ähnlicher „Genossen“, die Massen aus der Kirche hinauszutreiben, ist auch ein neuer Vorstoß gegen die Kirche angeklungen worden. Das Organ des Bundes „proletarischer Freidenker“, mit einem Arbeiterssekretär als Vorstehenden, hat jüngst eine Bekanntmachung veröffentlicht, der zufolge in der Zeit vom 8. Februar bis zum 10. März eine erneute, großartige Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche, die sich über ganz Deutschland erstreckt, in die Wege geleitet werden soll. Die Anleitungen werden angefordert, sich mit den Zahlstellenleitungen in Verbindung zu setzen, um die Sache zu organisieren. Der Aufruf schließt mit dem „Parteilos“. Also: proletarische Freidenker, Arbeiterssekretär, Anleitungen, Zahlstellenleitungen, Parteilos! Wer daraus noch nicht den urfälligen Zusammenhang erkennt, dem ist wirklich nicht zu helfen. Offenkundiger, als es hier geschieht, kann das Bündnis zwischen

der offiziellen Sozialdemokratie und der Kirchenaustrittsbewegung überhaupt nicht zur Anschauung gebracht werden. Jedenfalls müssen nun die kirchlich gesinnten Kreise unseres Volkes genau, woran sie sind und mit wem sie es zu tun haben. Jetzt gilt es, rationale, treue, tiefgründige und weitausschauende Arbeit zu tun, um der Gefahr zu begegnen und schädende Töne gegen die rote Hochflut aufzurichten, die sich gegen die Kirche heranzücht. Das eine Gute hat die Agitation auf jeden Fall, daß sie die Gewissen aufrüttelt, dem kirchlichen Gemeinleben frische Kraft verleiht, und die Vertreter des religiös-kirchlichen Prinzips zwingt, trotz aller Anwürfe, Beleidigungen und Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind, ihren Gegnern mutig Rede und Antwort zu stehen und Reformen, soweit sie sich als notwendig erweisen, auf kirchlichem Gebiete vorzunehmen. In solchem Sinne kann man vielleicht von der Kirchenaustrittsbewegung sagen, daß sie bis zu einem gewissen Grade mit zu der Kraft gehört, die das Böse will und das Gute schafft.

Drahtmeldungen

vom 13. Februar.
Deutscher Reichstag.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Kapitel „Kanalbau“ im Etat des Jahres führt Abg. Regien (Soz.) Beschwerde über unerträgliche Arbeitsverhältnisse der Kanalarbeiter. Die Berechnung der Löhne und Ueberstunden würde man im Privatbetriebe bemängeln nennen. — Abg. Hoff (Sp.): Der Kaiser-Wilhelm-Kanal müsse auch dem Verkehr und der Kultur dienen. Staatliche Mittelstandspolitik könne auch von der Kanalverwaltung getrieben werden, indem sie auf die kleinen Kälteschiffe und die Gewerbetreibenden Rücksicht nähme. — Ministerialdirektor v. Janczarski: Das Kanalamt hat über die Beteiligung ausländischer Arbeiter und die Lohnverhältnisse einen ausführlichen Bericht herausgegeben. Die Zahl der ausländischen Arbeiter ist erfreulich zurückgegangen. Eine Mängel der Kanalverwaltung bei der Ueberstunden-Berechnung ist völlig ausgeschlossen. Beim Kapitel „Aufsichtamt für Privatversicherung“ erklärt Abg. Giesberts (Zentr.), daß der Abg. Ahar (Zentr.) gegen nur für seine Person geltend gemacht habe, als er erklärte, daß die Umstände des täglichen Lebens nicht entschuldigungsloslich sein können. Die Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß die Umstände, soweit sie den Betroffenen bei der Betriebsunfähigkeit treffen, entschuldigungsloslich sind.

Eine Resolution Dr. Doormann (Soz.) wird die öffentlichen rechtlichen Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen erstreckt, dem Aufsichtsamte unterstellen. Eine weitere Resolution Doormann verlangt, daß die Lebens- und Volksversicherungen bei ihrer Praxisausübung die Grundregeln beachten sollen, die für die privaten Versicherungen aufgestellt sind. Behörden und Beamten soll unerschrocken werden, ihren amtlichen Einfluß zugunsten irgend einer Lebensversicherungsform geltend zu machen. — Abg. Giesberts (Zentr.): Für die Versicherungspflicht von Privatangehörigen sollte weniger die jeweilige Beschäftigungsart, als vielmehr die allgemeine Stellung des einzelnen maßgebend sein. Die ungeheuren Summen, die aufgeschoben werden, sollten nicht an Bewerke, sondern an Bauanwesenheiten verlichen werden. — Ministerialdirektor Gaspar: Die Landesversicherungsanstalt ist auf der Selbstverwaltung aufzubauen, können wir nicht eingreifen. Das gilt auch für die Anlage der Kapitalien, Beschlüssen von Gruben, Bergwerken usw. — Abg. Wallenborn (Zentr.) stimmt den Resolutionen Doormann zu. Die staatliche Aufsicht sei notwendig, um Mißstände zu verhindern. — Abg. v. Winterfeldt (Konf.): Selbstverständlich wehrt man sich, wenn ein anderer sich in einen alten Bestand einbringen will, wie es im Orientwort heißt: „Der alte Vater beißt den Jungen.“ Die öffentlichen Versicherungen haben in einer gewissen Notwehr gegenüber den privaten gehandelt. Die Lebensversicherung gebe die beste Gelegenheit, zu sparen. Der Streit zwischen öffentlichen und privaten Versicherungen wird endlich aus der Welt verschwinden. Das Versicherungswesen kann nachher in Amerika und England. — Abg. Dr. Doormann (Soz.): Auch wir bedauern den Streit zwischen den Versicherungsvereinigungen. Für einen friedlichen Wettbewerb ist Raum genug. — Abg. Dr. Jund (natl.): Dieser Streit zwischen den öffentlichen und privaten Versicherungsvereinigungen soll nicht auf das Niveau eines gewerblichen Konkurrenzkampfes kommen. Von solchen Zwischenfällen hat nur die Sozialdemokratie einen Vorteil.

Staatssekretär Dr. Felbrück: Bei dem Konkurrenzstreit zwischen öffentlich-rechtlichen und Privatversicherungsvereinigungen ist es zu Ausschreitungen gekommen, die die Aufsichtsbehörden häufig genug mit aller Schärfe zurückgewiesen haben. Es ist ganz richtig, daß die verschiedenen Aufsichtsbehörden die eine oder die andere Partei begünstigen. Ich habe mit dem preussischen Minister des Innern von Anfang an in enger Fühlung gestanden und war mit ihm einig, daß eine engerische Praxisausübung der Volks-